

Keine Abwälzung der Krisenlasten auf die unteren Einkommen! Die Reichen sollen zahlen!

Die Entscheidung Steinbrücks und der Bundesregierung, eine „bad bank“ einzurichten, in der alle faulen Wertpapiere der Banken gesammelt werden, wird sich noch als Frontalangriff auf die Sozialkassen entpuppen. Der Staat gibt dafür zwar „nur“ Bürgschaften, aber die laufen über 20 Jahre und das in Höhe von 250 Milliarden Euro! Das ist ein Berliner Bankenskandal hoch zehn!

Wenn die Rezession anhält, werden sie in Anspruch genommen werden. Steinbrück hat auch schon angedeutet, woher er das Geld dann nehmen wird: aus den Sozialkassen. Wie bei der großen Steuerreform 2003 dürfen die Reichen und die Banken auch jetzt wieder riesige Löcher in den Haushalt reißen – stopfen müssen sie die Erwerbslosen und die abhängig Beschäftigten. Der Mechanismus heißt „Schuldenbremse“.

Die Gier hat einen Namen: Kapitalismus. Die Bundesregierung behandelt die Krise als „Kreditklemme“; sie trachtet nur danach, dass die Banken die Geldberge, auf denen sie sitzen, wieder verleihen und dass der Kreislauf der Überproduktion neu in Gang kommt.

Leider folgen ihr die Gewerkschaftsführungen darin. Auch sie setzen darauf, dass die Wirtschaft wieder in Gang kommt – mit dem Stopfen der Finanzlöcher und einem Konjunkturprogramm; sie streiten sich mit der Bundesregierung nur um das Volumen.

Damit stehen sie völlig neben der Spur, weil sie die tieferen Ursachen der Krise ignorieren: die Überproduktion von Gütern und Krediten.

Es reicht nicht, die Kreditklemme zu lösen. Die Finanzkrise hat ihren Ursprung in einer beginnenden Rezession, sie ist nicht die Ursache dieser Rezession. Die Banken schwimmen in Geld, das sie nicht weitergeben – umso unverantwortlicher ist es, dass die öffentlichen Haushalte ihre faulen Kredite einlösen sollen. Aber selbst wenn dieser Knoten gelöst ist, werden die Auftragsbücher das Volumen von 2007 nur um den Preis einer enormen Verschuldung der Staatshaushalte wieder erreichen können. Diese Blase wird dann nur noch mit einer Hyperinflation abgebaut werden können.

In der Zwischenzeit werden Staaten in den Bankrott getrieben, die Massenarbeitslosigkeit auf das Niveau der 1930er Jahre gebracht, Lohnverzicht erpresst – und Hartz V liegt bereits in der Schublade: Demnach soll ALG II nur noch gegen reguläre Arbeit (auch Vollzeitarbeit) gezahlt werden.

Wir zahlen nicht für ihre Krise! Im Herbst wird es Massenentlassungen hageln, und die neue Regierung wird ihre wahlbedingte Zurückhaltung aufgeben. Auf diesen neuen sozialen Tsunami müssen wir uns jetzt schon vorbereiten.

Jeder Arbeitsplatz, jede Lohnleistung muss verteidigt, jeder Angriff auf Sozialstandards abgewiesen, jede Privatisierung verhindert werden.

Der Abwehrkampf wird jedoch nur zu gewinnen sein, wenn er in einen größeren Zusammenhang gestellt wird. Wenn wir eine gesellschaftliche Perspektive entwickeln, die sich von einem zerstörerischen System verabschiedet und eine Alternative aufweist. Denn eins ist sicher:

Die Brandstifter werden nicht Feuerwehr sein können. Die Veränderung muss von unten kommen, von denen, die nicht von Coupons, sondern von ihrer Arbeit leben.

Wir sind jetzt gefragt, und zwar alle gemeinsam: die Verkäuferin bei Woolworth, der Leiharbeiter bei Karmann, aber auch der Designer bei Rosenthal und die Bankkauffrau, die Schülerin und der Hartz-IV-Bezieher – und die jungen MigrantInnen, die jetzt die größte Arschkarte haben. Wir müssen alle an einem Strang ziehen. Wenn jeder und jede nur seine oder ihre eigene Haut zu retten sucht, gehen wir alle gemeinsam unter.

Wir müssen in örtlichen Komitees zusammenarbeiten!

Wir sollten uns auf ein paar grundlegende Dinge verständigen:

Energiearmes Mobilitätsmodell statt Abwrackprämie!

Wir können uns den Kapitalismus nicht länger leisten – nicht seine CO₂-Emissionen, nicht seinen Raubbau an den natürlichen Ressourcen, nicht seine Gewalt gegen Menschen in Form von Hunger, Ausbeutung und Krieg.

Die Wende zu einer fossilarmen, ökologischen und solidarischen Wirtschaftsweise muss jetzt eingeleitet werden.

Arbeit und Reichtum umverteilen!

Geld ist offensichtlich genug da, es muss nur für den richtigen Zweck ausgegeben werden. Die Vermögenden müssen zur Kasse gebeten werden (Millionärssteuer!), die Banken verstaatlicht und einer wirksamen öffentlichen Kontrolle unterstellt werden, ihr Geld für die Entwicklung neuer, grüner, Technologien verwendet werden.

Keine Entlassungen, keine Sozialpläne!

Entlassungen müssen verboten werden. Kurzarbeit ist eine Form der Arbeitszeitverkürzung. Für eine Übergangszeit kann sich der Staat auch an der Lohnzahlung beteiligen, das ist besser als ALG I zu zahlen. Es muss jedoch ein Übergang zu einer allgemeinen gesetzlichen Senkung der Arbeitszeit sein: Kurze Vollzeit für alle – statt Arbeitslosigkeit für viele.

30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. 1800 Euro gesetzlicher Mindestlohn und Anhebung des Eckregelsatzes auf mindestens 500 Euro. Den Nachholbedarf gibt es bei den unteren Einkommenschichten!

Noch immer bekommen Frauen fast ein Viertel weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen, in den „typischen Frauenberufen“ werden nach wie vor die schlechtesten Löhne gezahlt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Die unteren Lohngruppen müssen überproportional angehoben werden.

Wir kriegen nur, was wir uns holen!

Wir müssen ihnen zeigen, dass wir es ernst meinen. Bei Benetton in Italien haben die Beschäftigten 143 Entlassungen nur verhindern können, indem sie den Manager festsetzten – sie haben gewonnen!

Michael Sommer und andere warnen vor „sozialen Unruhen“, auch der DGB-Vorsitzende möchte sie vermeiden. Wir brauchen sie aber, wir müssen Druck machen!

Wenn die da die Arbeitsbedingungen verschlechtern, wenn sie Zugeständnisse erpressen wollen, wenn sie Tausende von Arbeitsplätzen streichen und zugleich sich selbst Vorzugsaktien genehmigen und Millionen als Prämien und goldene Fallschirme einstreichen, wenn die da einen gnadenlosen Klassenkrieg von oben führen – dann müssen sie sich nicht wundern, wenn ihre Manager mal ein paar Stunden eingesperrt werden, bis sie ernsthaft verhandeln, oder wenn die Betriebe besetzt werden.

Der politische Streik steht auf der Tagesordnung.

Nicht kleckern, klotzen!

